

---

# Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, SPD, FDP und GÖLINKE

## Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

---

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 27 85 Zimmer 130  
Telefax 0551 / 400 29 04  
E-Mail [grueneratsfraktion@goettingen.de](mailto:grueneratsfraktion@goettingen.de)

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 22 90 Zimmer 199  
Telefax 0551 / 400 20 60  
E-Mail [spd-fraktion@goettingen.de](mailto:spd-fraktion@goettingen.de)

FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 22 89 Zimmer 127  
Telefax 0551 / 400 29 03  
E-Mail [fdp-fraktion@goettingen.de](mailto:fdp-fraktion@goettingen.de)

GöLINKE-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon 0551 / 400 24 99 Zimmer 196  
Telefax 0551 / 400 20 79  
E-Mail [goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

---

Göttingen, 26.4.2007

## Pressemitteilung

### **Konflikte auf dem Wilhelmsplatz mit sozialpädagogischen Konzepten lösen!**

Zur Lösung der Probleme auf dem Wilhelmsplatz sind ergänzende sozialpädagogische Konzepte gefragt. Einen entsprechenden Antrag werden die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und GÖLINKE am 11.Mai 2007 im Rat der Stadt stellen. Die Verwaltung wird in dem Antrag aufgefordert, ein sozialpädagogisches Konzept zu entwickeln, das von erfahrenen und sozialpädagogisch ausgebildeten „Streetworkern“ umgesetzt werden soll und auch die Ursachen und Hintergründe der Konflikte mit einbezieht.

Sicherheits- und jugendpolitische Ansätze, die ausschließlich auf polizeiliche und technische Lösungen setzen, greifen zu kurz. Wir wollen die jungen Menschen auf dem Wilhelmsplatz weder vertreiben noch kriminalisieren. Auf der Suche nach langfristigen Lösungen für die örtlichen Probleme scheint den vier beantragenden Fraktionen der planvolle Einsatz von Sozialarbeitern – insbesondere in den Abendstunden – ein geeigneter Ansatz. Erfahrene „Streetworker“ können gezielt den Kontakt mit Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Gruppen suchen, die durch ihr Verhalten zu einer Eskalation der Situation und zu einer Gefährdung und Verängstigung von Besuchern und Passanten beitragen. Ähnliche Konzepte wurden in anderen Städten erfolgreich umgesetzt und führten in vielen Fällen an „hot spots“ zu einer Deeskalation, die mit rein polizeilichen und technischen Mitteln kaum zu erreichen gewesen wäre.

Als begleitende Maßnahmen fordern die Antragsteller darüber hinaus verstärkte Kontrollen der Gastronomie und Kioske im Umfeld des Wilhelmsplatzes. Ziel dieser Maßnahmen muss es sein, die Abgabe von Alkohol an Minderjährige effektiv zu verhindern.